



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Graf Hohenwart.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Graf Hohenwart.

Der österreichische Premier ist ein Politiker der alten Schule. Von den Jesuiten erzogen, erhielt er seine Ausbildung in jenen Beamtenkreisen, denen die Polizei als Grund- und Eckstein der Staatskunst gilt. Klerikal, feudal und reactionär waren die Eigenschaften, die man von einem vertrauenswürdigen Piloten des Staatsschiffes forderte. Hohenwart besitzt sie im vollen Maße. Was ihm fehlt, ist gründliches Wissen, Verständniß für fortschrittliche Entwicklung, richtiges Urtheil über die Gegenwart und Zukunft. Er fand die österreichischen Zustände beim Antritt seiner Verwaltung in ziemlicher Zerrüttung. Auch das Bürgerministerium hatte das Regieren schlecht verstanden, es war doctrinär; mit diesem Worte ist alles gesagt, was man seiner Weisheit nachrühmen kann. Sein Liberalismus bestand in theoretischen Anläufen, zu deren Ausführung ihm Kraft, Nachdruck und ein unbeugsamer Wille fehlten; die geistige Macht der Idee sollte sich selbst Bahn brechen; statt dessen gewann die staatsrechtliche Opposition durch die ihr gestattete freie Entfaltung immer festeren Boden. Kaffte es sich einmal zu einem entschiedenen Schritte auf, so erlahmte ihm doch bald der Muth bei seiner Durchführung; es schien, als ob es durch die Scheu vor einem fortwährenden Drucke von oben befangen wäre. Statt den widerspenstigen Czechen, Polen, Slovenen und Tirolern einmal gründlich das Handwerk zu legen, das Gesetz mit voller Strenge zu handhaben, kam stets milde Nachsicht als hinfender Bote nach. So stellt man in aller Welt keine feste Ordnung her. Dazu kam die wohl begründete Zuversicht der Aufständigen auf die geheime Clique, die hinter dem Rücken des Ministeriums für sie wirkte, und ihre Verbündeten (wie der bekannte Minoritätsbericht vom 26. December 1869 zeigte) in dessen eigenem Schooße hatte. Es dauerte nicht lange, bis die verschwommene Ausgleichspartei völlig die Oberhand gewann. Die Versuche, allen gerecht zu werden, die ihr Vertreter Graf Potocki anstellte, waren nur dazu angethan die Ohnmacht und die auf die Unterstützung von oben gegründete Siegesgewißheit klar ins Licht zu stellen. Die Partei des Rückschritts hielt ihre Zeit

gekommen und bezeichnend für die damalige Lage der Dinge war, daß sich ein Mitglied des Ministeriums Potocki unter den Auserwählten befand, die inßgeheim an seinem Sturze arbeiteten. In zweimonatlicher stiller Berathung wurde der Feldzugsplan beschlossen, den die neuen Träger des Vertrauens der Krone durchzuführen gedachten. Welches Ziel ihnen vorgelegt war, mochte schon der Umstand anzeigen, daß keiner derselben den parlamentarischen Kreisen angehörte. Wie sich bald nach ihrem Eintritte ins Amt herausstellte, war es kein anderes als die Beseitigung der Verfassung. Gleichwohl wurde dieselbe nach deren Ernennung von sämtlichen neuen Ministern, an deren Spitze Graf Hohenwart trat, beschworen, ja, er erklärte öffentlich im Abgeordneten-hause, treu an ihr zu halten, natürlich nur an der Form, nicht an ihrem Inhalt. So bewies er sich auch als ein wahrer Anhänger jener jesuitischen Moral, die durch inneren Vorbehalt und Beschränkung der Absicht jeden Hintergedanken für gerechtfertigt hält.

Dritthalb Monate saß der edle Graf im Amte, ehe ihm gefiel, irgend einen Schritt zu thun, der seine wahre Absicht, wir sagen nicht enthüllen, sondern nur andeuten mochte. Endlich am 25. April trat er, scheinbar dem Drange einer Interpellation über sein Programm weichend, mit einer Verfassungsvorlage heraus, wodurch die Autonomie der Landtage durch die Zustimmungsbefugniß zu Gesetzen, die an die Genehmigung des Reichsrathes gebunden waren, erweitert werden sollte. Die „demüthigende“ Lage, die seiner Ansicht nach bislang den Landtagen zugemessen war, sollte in Zukunft das Schicksal des Reichsrathes sein. Sehr fein erdacht, aber doch kein Beweis staatsmännischer Befähigung. Man fand sogar Anlaß, die bevorstehende Thätigkeit der Reichsregierung eine „ungeheuerliche“ zu nennen und das Haus der Abgeordneten ging betreffs eines solchen Antrags 14 Tage später mit 88 gegen 58 Stimmen zur Tagesordnung über.

Durch sein feines Tactvermögen überzeugt, daß er einen Fehler begangen, brachte er rasch am 5. Mai, also noch vor seiner Niederlage, eine zweite Vorlage, die „galizische“ ein, und zwar in geradem Widerspruche mit der ersten, denn während nach dieser die Beschlüsse der Landtage unverändert vor den Reichsrath kommen sollten, hatte er die Resolution des polnischen censurirt, revidirt und beschnitten, wie in einem Polizeibureau Brauch ist. Dagegen ließ er sich im Verfassungsausschusse zur Gewinnung größeren Vertrauens vernehmen, daß er auch der Bukowina und selbst Böhmen ähnliche Zugeständnisse zu machen bereit sei, eine lebenswürdige Offenheit, aber doch nicht die volle Wahrheit, denn daß er den Czechen der Hauptsache nach alles zu gewähren dachte, was die Declaranten wollten, um damit ihren Eintritt in

den Reichsrath zu erkaufen, schien bei der Beschränkung der polnischen Wünsche nur eine feste Vermuthung. Wenn auch die Liberalen darüber in einen Schrei der Entrüstung ausbrachen, hatte sich der schlaue Graf mit diesen Taschenspielerkünsten doch der Gunst der Klerikalen und Feudalen versichert, was immerhin für die Bewilligung des Budgets von Bedeutung war. Eine Verweigerung desselben konnte die ganze Verwaltung ins Stocken und bei den Zweifeln, die in höheren Regionen so leicht über das Gelingen eines Experimentes aufsteigen, die schlimmsten Folgen bringen. Die Erklärungen des Grafen rüttelten jedoch auch die Freisinnigen aus ihrer kaum begreiflichen Unentschlossenheit auf; sie fühlten, daß sie sich solchen Anträgen und Aeußerungen gegenüber, die wie ein Hohn auf die Verfassung klangen, zu irgend einer That aufraffen müssen. Nach längerer Verhandlung, die schon in den Sand zu verrinnen schien, und nur die Zersahrenheit der verschiedenen Fractionen im Schooße ihrer Partei kund gab, entschlossen sie sich endlich zu einer Adresse an den Kaiser, die der Mißstimmung der Mehrheit des Hauses wie der Bevölkerung gegen das Ministerium Hohenwart Ausdruck lieh. Sie war so durchaus objectiv, so sorgfältig gehalten, daß sich ihr wohl auch die hyperloyalen Männer der Mitte anschließen durften; das Begehren war kaum zwischen den Zeilen zu lesen, von Gedanken an eine etwaige Verweigerung des Budgets keine Spur vorhanden. Der gänzliche Verzicht auf eine solche Drohung war eben die Bedingung, unter der sich eine Anzahl Großgrundbesitzer unter Lasser's Führung zum Beitritte herbeiließen; sie gaben den Ausschlag zu den 93 Stimmen, die sich im Abgeordnetenhaus gegen 66 adreßfeindliche dafür erhoben. Ein schlimmes Vorzeichen! Der Anlauf glich dem Sturme in einem Glase Wasser. Die Wirkung eines Mißerfolges lag auf der Hand.

An eine günstige Aufnahme und Beantwortung der Adresse durch die Entfernung des Ministerium Hohenwart war bei der ihm unverändert sichern Gunst der Krone nicht zu denken. Es blieb also nur die Aussicht, daß der Kaiser die Adresse einfach entgegennehmen, oder was noch schlimmer, die Ueberbringer mehr oder weniger deutlich zurechtweisen werde. Letzteres durfte sogar als wahrscheinlich gelten; dann war aber bei der bedenklichen Haltung der rücksichtsvollen Lasser'schen Schar die Lage der Budgetverweigerer so gut wie hoffnungslos. So kam es denn auch. Das Abgeordnetenhaus wurde vom Kaiser aufgefordert, den auf die verfassungsmäßige Herstellung des inneren Friedens gerichteten Bemühungen der Krone und Regierung seine Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Aufrechterhaltung des vollsten Vertrauens in das Ministerium war somit die Antwort auf das ausgesprochene Mißtrauensvotum. Wer sich für die nächste Zukunft noch möglich erhalten oder

andere Rücksichten pflegen mochte, wußte nun, welchen Weg er zu gehen habe. Diese Ansicht wurde den dafür Empfänglichen auch unter der Hand vermittelt. Die ehemaligen Minister Rasser und Plener, andere active oder in Ruhestand versetzte Beamte und mehrere Vertreter großer Geld- und Handelsinteressen glaubten Oestreich am besten dadurch zu stützen, daß sie ihm ihren Einfluß zu bewahren suchten. Als es nun zur Berathung des Budgets für 1871 kam, und zunächst über den vom Abgeordneten Groß im Vereine mit den beiden Fractionen der Linken gestellten Antrag auf vorläufige Ablehnung desselben verhandelt wurde, bot das Abgeordnetenhaus ein wenig erfreuliches Bild. Der allerdings namhaften Zahl der entschieden liberalen Fractionenstimmen stand die nahezu gleiche der Clerikalen und Feudalen gegenüber, den Ausschlag gab aber die veränderte Abstimmung von siebenzehn Männern, wovon fünf, darunter Rasser, mit der Rechten, neun gar nicht stimmten, und drei ihr Mandat niederlegten.

Graf Hohenwart wollte aber nicht den Personen, sondern nur dem Gesetze den Sieg verdanken, und gab mit einer kaum zu verkennenden Mißachtung des Hauses der Abgeordneten zu verstehen, die Bewilligung des Budgets sei nach der Verfassung nicht Sache ihres Vertrauens, sondern lediglich ihrer Pflicht, wobei ihm wohl die früheren Postulatenlandtage, das Octoberdiplom und die Entfremdungsgeschichte des Februarpatents, aber nicht das Decemberstatut vorgeschwebt haben mögen. Wer anders dachte, war kein wahrer Oestreicher, und nach seiner Anschauung wohl gar ein Hochverräther. *) Unter den oben erwähnten Umständen war selbstverständlich, daß der Antrag des Abgeordneten Groß abgelehnt wurde, wenn auch nur mit 77 gegen 67 Stimmen. Das Bitterste bleibt jedenfalls, daß nach den schon vorliegenden Beweisen, wie alles nur auf den Umsturz der Verfassung zielt, der Reichsrath selbst es war, der die Mittel lieferte zur Fortsetzung dieser Wirthschaft. Da bleibt nur der eine Trost, daß es anders kommen muß und wird, trotz der Weisheit des Polizeimannes, der jetzt an der Spitze steht.

*) Wir wollten diesen Artikel, der nach seiner Quelle wohl als ein treuer Ausdruck der Ansichten der großen Mehrheit der deutsch-nationalen Oestreicher gelten darf, unverändert wiedergeben, müssen aber zu den Ausführungen unsres Herrn Referenten uns doch folgende Bemerkung gestatten: Ganz abgesehen von der Frage, ob nach positivem östreichischen Staatsrecht das Recht der Budgetverweigerung dem östreichischen Abgeordnetenhause so ganz unzweifelhaft zusteht, wie der Herr Referent annimmt, sollte niemals eine parlamentarische Versammlung die zweischneidige Waffe dieses Rechtes erheben, ehe sie in doppelter Hinsicht ihres Erfolges sicher ist, einmal nämlich der Zustimmung des Volkes, und zweitens der Macht, ihren Beschluß gegen die Regierung durchzusetzen. Die Steuerverweigerung, die sich mit dem bloßen Beschluß im Parlament begnügt, ist ein sehr unpolitischer Streich. Aber das thörichtste von Allem ist die Steuerverweigerung bei ziemlich sicherer Aussicht, im Parlament selbst damit zu unterliegen. Und zu dieser unpolitischen Handlung haben sich leider die Vorkämpfer des deutschen Gedankens in Oestreich hinreißen lassen.

Graf Hohenwart will der stolze Gründer werden eines slavischen Reichs. Ein Reich der Tschechen, Polen und Slovenen ist sein Ideal, und die Krone davon der Absolutismus. Der unwissende Klerus und Adel und die Heloten der hörigen Menge sind, insoferne es sie betrifft, eines Besseren auch nicht werth; die Deutschen aber, die sich nicht beugen wollen, müssen gehorchen. Bildung und Wissenschaft, Recht und Freiheit sind Dinge, mit denen ein solcher Staatsmann nicht zu regieren weiß, er kennt nur die Künste, die man in Jesuitenschulen lernt, und den Schloff, der in sogenannten höheren Kreisen genehm ist. Der Deutsche wird also unter der Verwaltung des edlen Grafen nur die *misera contribuens plebs* sein; die Knechtung der Presse und ein schwarzes Cabinet besorgen das Weitere. Der Hof ist schon jetzt ungeduldig über die lange Zögerung, er möchte die neue Verfassung für Cisleithanien wie „mit einem Zauberschlage“ fix und fertig sehen, wogegen Graf Hohenwart mit feiner Ironie bemerkt, es sei ihm der verfassungsmäßige Weg vorgezeichnet. Vorerst also die Wahlreform für die Landtage, die Auflösung des gegenwärtigen und Wahl eines neuen Reichsraths, schließlich die Einführung der treuen Tschechen in die Reichsvertretung, wobei ihren nationalen Blättern gestattet ist, sie nur als eine außerordentliche *ad hoc* anzusehen. Stecken sie einmal glücklich in der Falle, so gibt es nur noch ein Entweder-Oder. Entweder man debattirt schlechtweg mit entsprechender Stimmenmehrheit die Abschaffung der jetzigen Verfassung, oder die Regierung wird zu diesem Schritte — selbstverständlich wider Willen — durch die Macht der Ereignisse gezwungen. Ganz derselbe Vorgang wie im Jahre 1851, nur mit etwas mehr Förmlichkeiten.

So wäre denn klüglich alles in's Reine gebracht, freilich vorerst nur in der Mappe unseres eminenten Polizeichefs, der die Blasen seines Schaumweins einer auserlesenen Gesellschaft credenzt; wird dann zum allgemeinen Tanz geblasen, so dürften doch noch die bösen Deutschen dazwischen fahren und zur Ernüchterung helfen. Sie werden sich erinnern, daß ihre acht Millionen auch eine Nation vorstellen, und zwar nicht die am mindesten berechnigte in Oestreich, und werden trotz aller Wahlreformen sich statt einiger ihrer bisherigen Vertreter verlässlichere suchen. Die Zeit der Ernte wird kommen, wo man die Früchte des jetzt gesäeten Sturmes einheimst und der dunkeln Schar, die nur die Verfassung vernichten will, ein Solferino oder Sadowo bereiten wird. Dagegen schützen nicht jesuitische Bruderschaften und feierliche Processionen, Botschaften an den Papst und Encycliken; am Ende fallen auch dem Einfältigsten die Schuppen vom Auge. Dessen darf sich Graf Hohenwart und jene, die hinter ihm stehen, versichert halten, daß es immer heller

wird in Oestreich, und insoferne er dazu, wenn auch unfreiwillig, beiträgt, sind wir ihm zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Also nur vorwärts mit den großen Experimenten, wir kommen auf den richtigen Weg. Welch ein herrliches Oestreich, wenn sie gelängen! Aus Oestreich. Mitte Juni.

Karl Braun: „Während des Krieges.“

Erzählungen, Skizzen und Studien. (Leipzig, Verlag von Duncker und Humblot, 1871.)

Karl Braun hat viele Feinde, wenigstens in der deutschen Presse; da sind Winkel- und Volksblätter, welche aus der Verdächtigung des alten nassauischen Kammerpräsidenten eine stets wiederkehrende Rubrik machen. Er wird ihnen zur stehenden Figur, zum Sinnbild der politischen Frivolität. Diese Erscheinung, welche der deutschen Presse nicht zur Ehre gereicht, war uns lange räthselhaft; denn nicht Viele haben seit langen Jahren der guten Sache so ausdauernd und so treu gedient, wie „unser Braun.“ „Fürwahr, er dient Euch auf besondere Weise,“ sagen die Feinde; aber warum wollt Ihr, so entgegen seine Freunde, daß allen Bäumen dieselbe Rinde wachse! — Gerade der Radicalismus hat, seiner abstracten Natur gemäß, die Eigenheit, alle Menschen über eine Schablone schmieden zu wollen. Darum hat Braun's lebhaftes Naturel die Radicalen vielfach choquirt; aber daß sie ihn hassen, hat noch einen besondern Grund, nämlich den, daß er sich Nichts daraus macht. Seine Sorglosigkeit und sein heiterer Scherz sind sehr gutmüthiger Art, allein sie ärgern die sogenannten eisernen Charaktere, welche — was sich in Deutschland nur noch allzu häufig findet, — keinen Spaß verstehen. Indessen gilt bei allen Verständigen das ridendo corrigere mores nicht bloß für das zuverlässigste Mittel zum besten Zwecke, sondern auch für eine weit bessere Gewähr der eigenen Ueberzeugungstreue, als die sauertöpfige Verkehrungssucht langweiliger Moralisten, welche in jeder menschlichen Thorheit Laster oder Verbrechen, in jeder abweichenden Meinung Verrath wittern. „Und wenn sein Brunnlein trübe läuft, meint er, die Welt sei auf der Neige!“ — Solche Keßrichter, die Alles eher vertragen können, als die wahre Freiheit des Denkens, sind uns auch in der liberalen Partei noch, trotz der großarti-